Anlage 5

Allgemein: Zur Interventionsarbeit gegen sexuelle Ausbeutung:

Prävention und Intervention sind eng miteinander verzahnt. Präventive Arbeit wirkt stärkend, gibt Orientierung und versetzt Kinder in die Lage, über das Geschehene zu sprechen. Kinder, die den Mut gefasst haben, sich zu öffnen, brauchen geeignete Hilfsangebote. Diese Intervention wiederum kann präventiv wirken, wenn es gelingt, den Missbrauch zu beenden und möglicherweise den Täter bzw. die Täterin zur Verantwortung zu ziehen. Deshalb ist es notwendig, ein **niedrigschwelliges Beratungs- und Hilfsangebot** vorzuhalten.

Zur Qualitätsentwicklung sind für alle **verbindliche Leitlinien** erforderlich. An diesen Rahmenbedingungen ist das Handeln aller Beteiligten zu messen. Der Leitgedanke jeder Intervention bei Vermutung auf sexuelle Gewalt und nach sexueller Gewalt muss sein, dass die Lösung des Problems gesucht wird, die den Interessen des betroffenen Kindes am besten dient.

Der **Schutz des Kindes** muss dabei oberste Priorität *haben* und das **Kindeswohl** muss Vorrang vor den Interessen von Eltern, anderen Bezugspersonen und Institutionen genießen. Dazu gehört, dass jegliche weitere Schädigung des Kindes einschließlich sekundärer Traumatisierung (z.B. durch nicht aufeinander abgestimmtes Vorgehen oder Mehrfachbefragungen) vermieden wird.

Für die Verarbeitung eines sexuellen Missbrauchs ist es wichtig, dass die Kinder **nicht auf ihr Opfersein reduziert** werden. Betroffene Kinder müssen in ihrer Ganzheitlichkeit wahrgenommen werden, die Ressourcen des Kindes müssen genutzt und Potenziale gefördert werden. Den Schutz des Kindes vorausgesetzt, sollen unabhängig davon in welcher Phase sich eine Intervention befindet, den verletzten Kindern Möglichkeiten der Verarbeitung (traumaverarbeitende Therapie) vermittelt werden. Jede HelferIn und jeder Helfer hat die ethische Verpflichtung ein hilfebedürftiges Kind angemessen zu versorgen.

Das **therapeutische Angebot zur Traumaverarbeitung** sollte auch zeitnah und auf niedrigschwelligem Niveau möglich sein, damit Chronifizierungen verhindert werden. Die spezifische Psychodynamik von Betroffenen (Schuld, Scham etc.) verhindert häufig, dass zeitnah höherschwellige Hilfen in Anspruch genommen werden. Therapeutische Interventionen zur Stabilisierung sollten für die Betroffenen auf niedrigschwelligem Niveau zur Verfügung stehen. Ebenso sollten die Bezugspersonen bei Bedarf in die Intervention in einer parallelen Beratung miteinbezogen werden, um eine schnellstmögliche Alltagsstabilität und Sicherheit herzustellen. Die Helferinnen und Helfer müssen die Intervention so einleiten, dass die möglichen Erfordernisse eines späteren Strafverfahrens berücksichtigt werden.

Das Interventionsangebot bei sexueller Gewalt beinhaltet:

- zeitnahe Krisenintervention
- Information über Maßnahmen zum Schutz vor weiteren Übergriffen
- Umgang mit Vermutung
- Klärung des Hilfebedarfs mit den Betroffenen und ihren Bezugspersonen

- Beratung, Begleitung und Unterstützung der Kinder / Jugendlichen sowie ihrer Bezugspersonen
- Stärkung der Ressourcen vor allem in grenzverletzenden Situationen, Stabilisierung und Hilfe bei der Integration der Gewalterfahrung. Genauso wichtig wie für die Betroffenen ist die Arbeit mit den Bezugspersonen (Eltern/Professionelle), da sie die Kinder und Jugendlichen im Alltag stabilisieren und unterstützen
- Information über verschiedene Unterstützungsangebote und ggf. deren Vermittlung (z.B. medizinische Hilfsangebote, psychotherapeutische Hilfsangebote)
- Vermittlung psychotherapeutischer Hilfe bei Bedarf
- Information über Angebote der Jugendhilfe und ggf. deren Vermittlung
- Zusammenarbeit mit dem Jugendamt
- Weiterweisung zu Psychosozialer Prozessbegleitung nach § 406g 3. ORRG (bei entsprechenden Katalogdelikten)
- Informationen zur Anzeigenerstattung und zum Strafverfahren
- Verweisung an Rechtsanwältinnen bzw. Rechtsanwälte
- Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz
- Sicherstellung der Prozessbegleitung
- Beratung von Fachkräften (Teamberatung, Fallberatung)

Die Interventionen bei und nach sexueller Gewalt bzw. im Umgang mit Vermutung müssen sorgfältig geplant werden. Die entsprechenden Interventionsschritte sollen im Team diskutiert werden.

Zum Schutz des Kindes sollen Hilfemaßnahmen **zügig** eingeleitet werden. Da im Falle sexueller Gewalt viele Professionen involviert sind, ist es wichtig, Maßnahmen unter den verschiedenen Fachstellen abzustimmen. Hierzu ist in Fällen von Kindeswohlgefährdung - wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle die Gefährdung nicht abwenden kann - die Abstimmung und Kooperation mit dem Jugendamt erforderlich.

Die **Wünsche des Kindes** sind seinem Entwicklungsstand entsprechend während des Interventionsprozesses so weit wie möglich zu berücksichtigen. Die einzelnen Interventionsschritte sollten für das Kind transparent sein und - soweit es geht - mit dem Kind abgestimmt werden. Um den Schutz des Kindes zu gewährleisten, muss gegebenenfalls auch gegen den Willen des Kindes Verantwortung übernommen werden.

Die **Personensorgeberechtigten** - bei innerfamiliärem Missbrauch: der bzw. die nicht missbrauchende Erziehungsberechtigte - benötigen häufig schnellstmöglich stabilisierende Unterstützung, wenn sie von der sexuellen Ausbeutung des Kindes erfahren. Die Notwendigkeit der parallelen Beratung der schützenden Bezugsperson ist im Sinne des Schutzes und der Herstellung der Alltagsstabilität zu prüfen und anzubieten.

Der **Hilfeprozess** muss bei Hilfesuchenden, die anonym bleiben wollen, durch das Beratungsteam eingeleitet werden. Bei Hilfesuchenden, die nicht anonym bleiben wollen, ist bei Kindeswohlgefährdung darauf hinzuwirken, dass eine Helfer-/innen-Konferenz vom Jugendamt einberufen wird (Jugendamt, Beratungsstelle und andere Fachkräfte), die den Interventionsprozess koordiniert und begleitet. Ziel ist der Eintritt in eine Hilfeplanung analog §36 SGB VIII.